

## Der Kommentar

Entgegen bisherigen gemachter Erfahrungen und erfolgreichen Maßnahmen werden in NRW die vier Säulen der Suchtarbeit (Prävention, Reintegration/Rehabilitation, Schadenminimierung und Repression) erneut weiter auseinander gerückt. Dem Dach droht der Halt zu verlieren. In einer Zeit, in der nach den Kürzungen der Landesmittel im Kinder- und Jugendbereich und nach dem Ausradieren von über 20 JVA Fachkraftstellen für die externe JVA-Arbeit der Drogenhilfen auch noch die Mangelverwaltung von suchtkranken Gefangenen öffentlich wurde, spricht sich die Ministerin für eine Null-Toleranz-Strategie gegenüber dem Drogenkonsum Jugendlicher aus. Justiz und Jugendhilfe sollten folglich darauf vorbereitet sein. Doch statt mehr Hilfe für pädagogische Unterstützung zum Erlernen eines "günstigeren" Weges der Bedürfnisbefriedigung wird es bald verbesserte Technik geben, um per Luftsog Gefangene zu untersuchen und mit Konsequenzen zu konfrontieren. Was bringen solche Untersuchungen, wo längst bekannt ist, woran vorrangig Mangel herrscht und wo dennoch Hilfe ausbleibt? Seit November 2006, dem Mord in der JVA Siegburg, wird mehr Fachpersonal versprochen. Was kommt? – Nichts! Die JM will auch noch das letzte Privileg der sozialen Bindung nach draußen, die Nahrungspäckchen von zu Hause verbieten. Folgerichtig wäre es die Pakete nach Drogen abzuprüfen und mehr Zusammentreffen mit gut ausgebildetem Personal zu ermöglichen. Jeder weiß, dass junge Menschen durch Verbote magisch angezogen werden, erst recht wenn sie außer Beobachtung durch verantwortungsbewusste Erwachsene sind. Aidshilfemitarbeiterinnen und -mitarbeiter in NRW teilen die Erfahrung, dass weniger Bedienstete für mehr Gefangene zuständig werden, dass überproportional viele von ihnen Drogen in problematischer Weise konsumieren. Die Säulen Prävention, Reintegration/Rehabilitation und Schadenminimierung bröckeln dahin, solange allein die der Repression Neuerung erfährt. *Ruth Steffens*

## NRW verschärft Kampf gegen Drogen VON GERHARD VOOGT

**(RP) Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter will in NRW jetzt mit einer Null-Toleranz-Strategie gegen den Cannabis-Konsum von Jugendlichen vorgehen. Auch wer erstmals mit einem Joint erwischt wird, muss schon mit Konsequenzen rechnen. Die Täter sollen zu Sozialstunden und Drogentests sowie zu Therapien verpflichtet werden.**

Bislang wurden Ermittlungsverfahren oft eingestellt. Jetzt werden die Grenzen für den Eigenbedarf bei Haschisch und Marihuana von zehn auf sechs Gramm abgesenkt. Bei harten Drogen wie Kokain oder Heroin soll die bisherige Eigenbedarfsgrenze von 0,5 Gramm komplett wegfallen. „Es ist wichtig, ein deutliches Zeichen gegen den Trend zu unbekümmertem Cannabis-Gebrauch zu setzen und Fehlentwicklungen der Vergangenheit zu korrigieren“, sagte die Ministerin. Mittlerweile liege der Anteil der 14- bis 17-jährigen Konsumenten bei 13 Prozent, bei 18- bis 19-Jährigen bei etwa einem Drittel. Einer neuen wissenschaftlichen Untersuchung zufolge ist der Rauch

eines einzigen Joints für die Lungen so schädlich wie das Rauchen von bis zu fünf normalen Zigaretten.

### Scharfe Kontrollen in Haftanstalten

Auch in den Gefängnissen will die CDU-Politikerin durch einen Ausbau der Kontrollen schärfer gegen den Drogenmissbrauch vorgehen. 31,6 Prozent der Gefangenen seien abhängig. Vor 25 Jahren habe der Wert noch bei 7,2 Prozent gelegen. Jetzt soll in einem NRW-Gefängnis ein Test mit einem Detektorrahmen unternommen werden, der Gefangene auf Spuren von Rauschgiften untersucht. Häftlinge, die nach Jugendstrafrecht verurteilt wurden, sollen keine Pakete mehr mit Nahrungs- und Genussmitteln bekommen dürfen. „Damit fällt eine Möglichkeit weg, Drogen in den Vollzug einzuschmuggeln“, sagte Müller-Piepenkötter. Die neuen Regelungen sollen ab September gelten.

### Kritik der Grünen

Die Grünen im Düsseldorfer Landtag kritisierten den Vorstoß. „Drogenkriminalität wird nicht bekämpft, sondern lediglich die Konsumenten stigmatisiert“, sagte die Rechts-Expertin Monika Düker. Die Landesregierung praktiziere einen „Schritt zurück in die Steinzeit der Drogenpolitik“.



---

## Pressemitteilung zur Drogenpolitik in Nordrhein-Westfalen

Mit fachlichem Entsetzen nehmen wir die angekündigte Verschärfung der NRW-Drogenpolitik zur Kenntnis.

NRW hat akzeptanzorientierte Drogenpolitik/-hilfe entscheidend mitgeprägt (Substitutionsbehandlung, niedrigschwellige Hilfeeinrichtungen, Konsumräume drogentherapeutische Ambulanzen, Heroinmodell).

In den vergangenen Jahren zeitigte dies deutliche Erfolge, die Verelendung sank, die Lebenserwartung drogenabhängiger Menschen nahm zu, stagnierende HIV-Infektionen, junge Menschen hatten eine reelle Chance eine Drogen-Probierphase gesundheitlich und sozial mit nur geringen Schäden zu überstehen - ja diese zu überleben.

NRW-PolitikerInnen feierten auch an dem diesjährigen Gedenktag für Drogentote (21. Juli) die sinkenden Todeszahlen.

Vielgerühmt als Paradigmenwechsel werteten PraktikerInnen der Drogenhilfe, Betroffene, ihre Angehörige und Freunde die Verankerung der Gleichwertigkeit der vier Säulen Prävention, Behandlung, Überlebenshilfe, Repression in dem Aktionsplan Drogen und Sucht 2002 der Bundesregierung als Ergebnis fundierten Wissens und veränderten Bewußtseins im Land.

Nun müssen wir konstatieren, dies war ein Irrtum – zumindest in NRW; während die Mittel für professionelle Hilfen seit Jahren *gekürzt* werden und die Unterstützung für Selbst-organisation/Selbsthilfe (JES NRW) in 2006 gänzlich *gestrichen* wurde, soll nun nach dem Willen von Ministerin Frau Müller-Piepenkötter die Repression ausgebaut werden – *14jährige Kinder und Jugendliche sollen wieder kriminalisiert werden, selbstverständlich zu ihrem Schutz!*

Etliche in Auftrag gegebene wie unabhängige Studien bescheinigen unserer Gesellschaft miserable Entwicklungsbedingungen (Bildung, Ernährung, Gesundheit, Freizeit-möglichkeiten) insbesondere für Kinder und Jugendliche, die von Armut (z.B. durch Grundsicherung/Hartz IV) und/oder Migration betroffen sind.

Unberührt davon werden durch unsere gewählten Volksvertreter seit Jahren alle kompensatorisch wirkenden Ansätze verschlechtert, weggekürzt:

- Gruppen-, und Klassengröße in Kindergärten und Schulen sind zu hoch,
- es mangelt an Jugendzentren und anderen bezahlbaren Freizeit-Angeboten, an Unterstützung für Naherholungsmaßnahmen und Urlaube für arme Kinder und Jugendliche u.v.a.m.

Statt sich mit den Bedingungen zu befassen, die die beklagten problematischen Drogenkonsummuster von insbesondere sehr jungen KonsumentInnen fördern und diese gegebenenfalls abzustellen, soll nun in NRW bei den KonsumentInnen mit „harter Hand durchgegriffen“ werden – das ist populistisch effektiv, adäquate zielorientierte Drogenpolitik jedoch sieht anders aus.

Wird der Vorschlag von Frau Müller-Piepenkötter umgesetzt, müssen wir befürchten, dass in NRW die Politik wieder bereit ist, Entwicklungs-, und (Über-)Lebenschancen von jungen Menschen der Ideologie „Drogenfreiheit“ zu opfern.

Eltern, Angehörige und Freunde von Tausenden Cannabis-KonsumentInnen müssen wieder davon ausgehen, dass pubertärer Probierdrang ihrer Kinder mit Kriminalisierung und Desintegration „bezahlt“ wird, diese wieder verstärkt mit Strafverfahren, Inhaftierung etc. konfrontiert sein werden.

Wir schließen uns den Forderungen des Bundesverband der Eltern und Angehörigen für akzeptierende Drogenarbeit e.V. an:

Unterstützen wir die Arbeit der professionellen Sucht-/Drogenhilfe, indem wir dieser ausreichend Personal und finanzielle Mittel zur Verfügung stellen.

Die Prävention kann nur erfolgreich sein, wenn die Rahmenbedingen stimmen:

**Fordern wir von unseren PolitikerInnen eine Familien-, Jugend- und Gesundheitspolitik, die ihren Namen verdient.**

Berlin, Unna 06.08.2007

akzept Vorstand, Anabela Dias de Oliveira

---

**akzept** e.V. Bundesverband für akzeptierende Drogenarbeit und humane Drogenpolitik, [www.akzept.org](http://www.akzept.org)  
Geschäftsführung:

Christine Kluge Haberkorn, Südwestkorso 14, D-12161 Berlin, Fon: 030-82706946, [akzeptbuero@yahoo.de](mailto:akzeptbuero@yahoo.de)

**Vorstand:** Ingeborg Schlusemann, Amsterdam | Anabela Dias de Oliveira, Unna | Régine Linder, Bern

Frank Prinz-Schubert, Potsdam | Joachim Sieler, Hechingen

Bank für Sozialwirtschaft Konto 3222500 BLZ 100 205 00